TEACH ECONOMY
Das Portal für den Wirtschaftsunterricht

SEK I
Gymnasium

„Wohnungsknappheit und steigende Mieten – was kann und sollte die Politik tun?

Deutschland ist ein Land der Mieterinnen und Mieter, rund 53 Prozent der Menschen leben in einer Mietwohnung. Dabei wird es in vielen Städten immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Mieten steigen, freie Wohnungen sind selten, und oftmals bekommen Wohnungssuchende keine Rückmeldung zu ihren Wohnungsanfragen. Familien und Menschen mit geringem Einkommen haben es besonders schwer. Die von der Politik versprochene Wende zu mehr Wohnungsbau scheint ausgeblieben zu sein. Doch woran liegt das eigentlich?

In dieser Unterrichtseinheit untersuchen die Schülerinnen und Schüler, welche gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren zu Wohnungsknappheit und steigenden Mieten geführt haben.

Sie setzen sich zunächst mit den Ursachen auseinander, bevor sie verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen – wie den Mietendeckel oder den sozialen Wohnungsbau, kritisch prüfen und diskutieren. Im Zuge dessen entwickeln sie ein tieferes Verständnis für das Spannungsfeld zwischen sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe sowie staatlichem Handeln auf der einen Seite und marktwirtschaftlichem Geschehen auf der anderen Seite.

Überblick

Themenbereich	Wirtschaftspolitik
Vorwissen	Marktgeschehen, Angebot und Nachfrage
Zeitbedarf	2 Unterrichtsstunden
Methoden	Statistikanalyse, Verfassen eines Statements
Kompetenzen	Die Schülerinnen und Schüler … ◆ verstehen die Ursachen für Wohnungsknappheit und steigende Mieten. ◆ analysieren politische Maßnahmen zur Problemlösung und bewerten diese. ◆ entwickeln eigene Lösungsvorschläge und schreiben ein Statement.
Schlagworte	Wohnungsknappheit, Mietendeckel, Mietindex, Baukostenpreisindex
Autor	Fenja Randermann
Redaktion	Institut für Ökonomische Bildung (IÖB)
Produktion	Institut für Ökonomische Bildung (IÖB), 2025

Unterrichtseinheit

IÖB INSTITUT FÜR ÖKONOMISCHE BILDUNG

Wohnungsknappheit und steigende Mieten in Deutschland: Ursachen, Folgen und wirtschaftspolitische Ansätze

Die Wohnungsknappheit in Deutschland hat sich in den letzten Jahren zu einer der größten gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen entwickelt. Immer weniger Menschen finden eine bezahlbare Wohnung, und auf ein einziges Wohnungsinserat bewerben sich oft hunderte Interessenten. **Die Ursachen** sind vielfältig: Der anhaltende Zuzug in die Städte durch Urbanisierung und Migration, drastisch gestiegene Baukosten, Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft, langsame Genehmigungsverfahren für Bauanträge und der Rückgang an Sozialwohnungen verschärfen die Situation. Statt der von der Ampel-Regierung angestrebten 400.000 Neubauwohnungen pro Jahr werden seit Jahren immer weniger neue Wohnungen gebaut. Die Zahl liegt bei ca. 250.000 bis 300.000 und damit deutlich unter dem Ziel der damaligen Bundesregierung. Gleichzeitig fehlen laut einer Schätzung des Deutschen Mieterbundes bundesweit mehr als 910.000 Sozialwohnungen, was demnach Haushalte mit geringem Einkommen betrifft.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, diskutiert die Politik verschiedene **Maßnahmen**. Ein zentrales Handlungsfeld ist der **soziale Wohnungsbau**. Hier fordern z. B. Verbände wie der Deutsche Mieterbund, dass die Politik ein milliardenschweres Sondervermögen bereitstellt, um dem extremen Rückgang an Sozialwohnungen entgegenzuwirken. Parallel dazu wird ein **Bürokratieabbau** im Bausektor gefordert, denn durch vereinfachte Baugenehmigungsverfahren, den Abbau überzogener Bauauflagen und die Förderung von modularem Bauen könnten Bauprojekte schneller und kostengünstiger umgesetzt werden. Die Bauwirtschaft fordert in diesem Zuge eine steuerliche Entlastung und finanzielle Anreize für Inverstoren.

Insgesamt zeigt sich, dass die Wohnungsknappheit nur durch eine Vielzahl von politischen Maßnahmen wirksam bekämpft werden kann. Kurzfristig könnten Fördergelder wie Wohngeld oder Mietzuschüsse einkommensschwache Haushalte deutlich entlasten. Auch ein **Mietendeckel** oder eine **Mietpreisbremse** werden als Möglichkeit gesehen, um extreme Mietsteigerungen in angespannten Märkten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt, München oder Köln zu begrenzen.

Mittel- bis langfristig sind Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, die Lockerung von Bauvorschriften und die Förderung von Neubauprojekten entscheidend, um das Angebot an Wohnungen nachhaltig zu erhöhen. Die **staatliche Förderung von Wohneigentum** (z. B. durch zinsgünstige Kredite oder Zuschüsse) kann zusätzlich helfen, den Druck auf den Mietmarkt zu verringern. Entscheidend ist nur, dass diese Förderung stärker auf Haushalte mit geringem bis mittlerem Einkommen ausgerichtet wird. Wenn der Staat die oben aufgeführten Maßnahmen klug kombiniert, kann er langfristig für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen, die soziale Spaltung mindern und die Situation auf dem Wohnungsmarkt stabilisieren.

Weiterführende Literarur:

Bundeszentrale für politische Bildung (2023): Studie zur Wohnsituation in Deutschland. Deine tägliche Dosis Politik.
Zu finden unter: https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/517586/studie-zur-wohnsituation-in-deutschland/

Ifo Institut (2024): ifo Standpunkt 259: Wohnungsknappheit: Was tun?
Zu finden unter: https://www.ifo.de/standpunkt/2024-06-11/ifo-standpunkt-259-wohnungsknappheit-was-tun

Bündnis Soziales Wohnen (2024): Forderungen vom Bündnis „Soziales Wohnen".
Zu finden unter: https://mieterbund.de/app/uploads/2024/01/Forderungen-vom-Buendnis-SOZIALES-WOHNEN.pdf

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
1. Unterrichtsstunde: Wenn Wohnen unbezahlbar wird				
15'	**Einstieg I**	Die SuS setzen sich anhand eines kurzen Fallbeispiels mit dem Thema Wohnungsknappheit und steigende Mieten auseinander.	**M1** **Wenn Wohnen unbezahlbar wird – steigende Mieten am Beispiel von Familie Gönül**	Einzelarbeit
20'	**Erarbeitung I**	Die SuS analysieren mithilfe einer interaktiven Statistik aktuelle Entwicklungen im Bereich Bauen und Wohnen und erschließen sich dabei den Zusammenhang zwischen Miethöhe, Eigentumsquote, Sozialwohnungsbestand und Baukosten.	**Interaktive Statistik: Bauen und Wohnen** **Arbeitsblatt: Strukturmatrix – interaktive Statistik Bauen und Wohnen**	Partnerarbeit **Methode: Statistikanalyse**
10'	**Sicherung I**	Die SuS vergleichen anschließend ihre Ergebnisse in Kleingruppen.		Gruppenarbeit
2. 2. Unterrichtsstunde: Wirtschaftspolitische Maßnahmen des Staates				
10'	**Einstieg II**	Die SuS nennen Ursachen für den stagnierenden Wohnungsbau sowie steigende Mieten und erläutern, welche gesellschaftlichen Folgen sich aus der Wohnungsknappheit ergeben.	**M2** **Wohnungsbau in Deutschland stagniert**	Einzel- oder Partnerarbeit
20'	**Erarbeitung II und Sicherung II**	Die SuS beschreiben arbeitsteilig wirtschaftspolitische Maßnahmen, mit denen der Wohnungsknappheit und dem Anstieg der Mieten begegnet werden kann. Mithilfe einer Strukturmatrix benennen sie die Vor- und Nachteile der Maßnahmen und bewerten diese begründet. Sie präsentieren ihre Ergebnisse in den Kleingruppen und besprechen diese anschließend im Plenum.	**M3** **Wirtschaftspolitische Maßnahmen des Staates: Wie kann Deutschland die Wohnungsknappheit und Mietproblematik lösen?** **Arbeitsblatt: Staatliche Maßnahmen gegen Wohnungsmangel**	Gruppenarbeit und Plenum Für die Ergebnissicherung im Plenum kann die Tabelle in den Lösungen herangezogen werden.
15'	**Vertiefung**	Die SuS wählen zwei Maßnahmen aus, die sie als Ministerin bzw. Minister für Bauen und Wohnen umsetzen würden und verfassen im Anschluss ein Statement aus der Sicht eines Politikers.	**M4** **Forderungen an die Politik** Strukturierungshilfe zum Schreiben eines Statements	Einzelarbeit **Methode: Verfassen eines Statements** Sollten die SuS mit dem Schreiben eines Statements nicht vertraut sein, kann die Strukturierungshilfe herangezogen werden.

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

Bedeutung der Symbole

Dieses Symbol findest du auf den Arbeitsblättern. Die dort gestellten Aufgaben kannst du direkt auf dem Arbeitsblatt lösen.

Der Schlüssel zeigt dir an, dass es für diese Aufgabe eine Hilfestellung gibt. Wende dich bei Bedarf an deine Lehrkraft.

Der Stern weist dich darauf hin, dass diese Aufgabe etwas schwieriger ist oder eine Zusatzaufgabe darstellt.

Der Wegweiser gibt an, dass du hier zwischen unterschiedlichen Arbeitsblättern, Aufgaben oder auch Sozialformen (Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit) wählen kannst. Deine Wahl kannst du ganz nach deinem Interesse bzw. Leistungsstand treffen.

Diese Symbole zeigen dir an, dass du die Aufgabe zusammen mit einem oder mehreren Mitschülerinnen bzw. Mitschülern bearbeiten sollst. Dabei könnt ihr euch untereinander austauschen und so als Team an einer gemeinsamen Lösung arbeiten.

Das Ausrufezeichen weist dich auf eine wichtige Information hin.

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

M1

Wenn Wohnen unbezahlbar wird – steigende Mieten am Beispiel von Familie Gönül

Familie Gönül lebt seit über zehn Jahren zur Miete in Berlin-Neukölln. Herr Gönül arbeitet als Busfahrer bei der BVG (Berliner Verkehrsbetriebe) und Frau Gönül ist Erzieherin in einer Kita.
Sie haben zwei Kinder: Ayla ist zehn Jahre alt und Cem sieben. Die vierköpfige Familie wohnt in einer Drei-Zimmer-Wohnung mit 75 m^2 und zahlt dafür 950 Euro im Monat.

Das Mietshaus soll verkauft werden, der neue Eigentümer hat bereits eine Sanierung und Modernisierung angekündigt. Danach soll die Warmmiete auf 1.600 Euro ansteigen. Trotzdem beide Elternteile berufstätig sind, können sie eine solche Mieterhöhung nicht stemmen. Die Familie ist verzweifelt, denn es gibt keine bezahlbare Wohnung in der Nähe. Die Kinder würden gerne in Neukölln bleiben, denn hier gehen sie zur Schule und hier leben auch ihre Freunde.

Probleme	Betroffene	Fragen

Aufgabe

1 Lies das Fallbeispiel der Familie Gönül und setze dich mit ihrer Situation auseinander. Bearbeite dazu die folgenden Teilaufgaben:

a) Beschreibe das Problem für Familie Gönül und erkläre die Lage der Familie mit eigenen Worten.

b) Überlege, wer außer der Familie noch von solchen Situationen betroffen sein könnte.

c) Formuliere Fragen, die dir beim Lesen des Fallbeispiels gekommen sind.

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

Interaktive Statistik: Bauen und Wohnen

Wie haben sich die Mieten in Deutschland in den letzten Jahren entwickelt? Wie viele Sozialwohnungen gibt es heute noch im Vergleich zu früher? Wie stark sind die Baukosten gestiegen, und wie groß ist der Anteil von Mietwohnungen im Vergleich zu Wohneigentum? Die interaktive Statistik gibt euch Aufschluss zu diesen Fragestellungen und ermöglicht einen direkten Vergleich der Daten.

Miet- und Baukostenindex

Der Wohnungsmietindex (oder kurz: Mietindex) und der Baukostenindex sind Kennzahlen, die Informationen über die Entwicklung der Mieten bzw. der Baukosten innerhalb eines bestimmten Zeitraums (z. B. 1 Jahr) vermitteln.

Aufgabe

2 **Bearbeite die nachfolgenden Aufgaben mithilfe der interaktiven Statistik zusammen mit deiner Sitzpartnerin/deinem Sitzpartner.**

a) Analysiert die Statistiken zum Bauen und Wohnen. Nutzt dazu das Arbeitsblatt auf der nachfolgenden Seite und beantwortet die Leitfragen.

b) Vergleicht eure Ergebnisse mit den anderen Gruppen.

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

Arbeitsblatt: Strukturmatrix – interaktive Statistik Bauen und Wohnen

Aspekt	Leitfragen	Mieterquote	Mietindex	Sozialwohnungen	Baukostenindex
1. Beschreibung	Was zeigt die Statistik genau? Welche Zeiträume und Daten werden dargestellt?				
2. Entwicklung	Wie haben sich die Werte über die Jahre entwickelt und verändert? Sind Trends zu beobachten (z. B. Anstieg, Rückgang, Stabilität)?				
3. Ursachen	Welche Ursachen könnten dahinterstecken?				
4. Zusammenhänge	Wie hängen Mieten, Eigentumsquote, Sozialwohnungen und Baukosten miteinander zusammen?				
5. Bewertung	Welche Entwicklungen haltet ihr für besonders kritisch? Wo seht ihr Handlungsbedarf? Welche Maßnahmen könnten helfen, die Situation zu verbessern?				

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

M2 Wohnungsbau in Deutschland stagniert

[…] Das neue politische Großprojekt „Wohnungsbau-Turbo“ wird in diesem Jahr nicht zu nennenswert höheren Wohnungsbau-Zahlen führen.

[…]

Schon jetzt fordern daher Branchengrößen wie Alexander Heinzmann, Geschäftsführer beim größten deutschen Wohnentwickler BPD, eine weitere Vereinfachung und Reduzierung der Plan- und Bauvorschriften, eine Beschleunigung von Planverfahren und mehr serielles Bauen. „Wir benötigen eine verlässliche Fördermittellandschaft, digitale Verfahren und realistische Standards.“ […]

Bereits seit Jahren sinkt die Zahl neu gebauter Wohnungen in Deutschland. 251.900 waren es im vergangenen Jahr und damit deutlich weniger als in den Jahren 2022 und 2023, als die Zahl bei 294.000 lag.

„Die Wohnungsnot hat sich zu einem Problem entwickelt, das den gesellschaftlichen Frieden gefährdet“, sagt Vonovia-Chef Rolf Buch im Gespräch mit dem Handelsblatt.

[…]

Alle Schätzungen gehen jedenfalls davon aus, dass der Bedarf nicht gedeckt werden kann. Wären dafür doch laut dem Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) 320.000 Neubauwohnungen pro Jahr nötig. Die Konsequenz ist ein immer knapperes Angebot, das zu massiven Mieterhöhungen führt. Laut einer aktuellen JLL-Untersuchung sind die Angebotsmieten in den acht deutschen Großstädten Berlin, Hamburg, Köln, Düsseldorf, Leipzig, Frankfurt, Stuttgart und München im ersten Halbjahr im Schnitt um 4,9 Prozent gestiegen. Mit weiter deutlicher Tendenz nach oben. […]

Inzwischen zeigt sich, wie schwer es trotz guten politischen Willens ist, den Bau neuer Wohnungen wieder hochzufahren.

[…] auch institutionelle Investoren agieren weiter zurückhaltend. „Die Finanzierungsbedingungen, regulatorische Hürden und gestiegene Baukosten dämpfen weiterhin die Investitionsbereitschaft“, sagt BFW-Bundesgeschäftsführer Andreas Beulich.

Dass der Neubau trotz angekündigter politischer Reformen noch kein Tempo aufgenommen hat, liegt laut Sören Gröbel, Director of Living Research bei JLL Deutschland, an der Komplexität des Marktes. „Die geplanten wohnungsbaupolitischen Stimulierungsmaßnahmen werden erst mit Zeitversatz ihre Wirkung entfalten können“ […]

„Vor allem bei den Mehrfamilienhäusern, dem zentralen Segment für bezahlbares Wohnen, geht es nicht voran“, sagt Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbands der Wohnungswirtschaft GdW. Ein Minus von 1,6 Prozent zwischen Januar und Mai dieses Jahres sei kein Trendwechsel, sondern ein Alarmsignal.

Quelle: Christian Schnell: Wohnungsbau in Deutschland stagniert trotz hoher Nachfrage, 07.08.2025, Handelsblatt online

Aufgabe

3 Bearbeite die nachfolgenden Teilaufgaben anhand M2.

a) Nenne mindestens drei Gründe, warum zu wenig neue Wohnungen gebaut werden.

b) Erkläre, warum das politische Projekt „Wohnungsbau-Turbo“ kurzfristig nicht den gewünschten Erfolg bringen wird?

c) Nenne mindestens zwei Forderungen, die die Vertreter der Bau- und Wohnungswirtschaft stellen, um mehr Wohnungen bauen zu können.

d) Erläutere anhand der Entwicklung neu gebauter Wohnungen und der Mietpreisentwicklung in Großstädten, welche Folgen die Wohnungsknappheit für die Gesellschaft hat.

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

M3

Wirtschaftspolitische Maßnahmen des Staates: Was kann der Staat gegen die Wohnungsknappheit und Mietproblematik tun?

Deutschland kämpft mit Wohnungsknappheit, steigenden Mieten und fehlendem bezahlbarem Wohnraum. Der Staat kann verschiedene Maßnahmen ergreifen, um diesen Problemen zu begegnen.

Informationstexte zu staatlichen Maßnahmen:

1. Mietendeckel

Ein Mietendeckel ist eine politische Maßnahme zur Begrenzung von Mieten in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Ziel ist es, die Mietpreise auf einem bestimmten Niveau einzufrieren oder nur geringfügige Steigerungen zuzulassen. In Berlin wurde 2020 ein solches Gesetz eingeführt: Die Mieten wurden auf dem Stand von Juni 2019 festgeschrieben. Dies sollte Menschen mit geringem Einkommen vor Verdrängung schützen und den Wohnungsmarkt beruhigen. 2021 erklärte das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel jedoch für verfassungswidrig, weil die Gesetzgebungskompetenz für das Mietrecht beim Bund liegt. Die Debatte über Sinn und Wirkung solcher Eingriffe in den Mietmarkt ist damit nicht beendet.

2. Sozialer Wohnungsbau

Der Staat fördert den Bau von Sozialwohnungen durch Zuschüsse und zinsgünstige Darlehen. Diese Wohnungen dürfen nur an Menschen mit Wohnberechtigungsschein vermietet werden und unterliegen einer Mietpreisbindung. In den letzten Jahrzehnten sank die Zahl dieser Wohnungen stark: 1987 gab es noch ca. 4 Mio., heute sind es weniger als 1,1 Mio. Grund: Auslaufende Bindungen und geringe Neubauten.

3. Wohngeld/Mietzuschuss

Das Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss zur Miete für Menschen mit geringem Einkommen. Es ist einkommensabhängig und muss beantragt werden. Seit 2023 gilt die Reform „Wohngeld Plus“, durch die mehr Menschen anspruchsberechtigt sind. Ziel ist es, Wohnkosten zu senken und Wohnungslosigkeit zu verhindern. Dennoch ist die Beantragung oft mit bürokratischem Aufwand verbunden, und die Höhe des Wohngeldes reicht nicht immer aus, um die tatsächliche Mietbelastung auszugleichen.

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

4. Lockerung von Bauvorschriften

Einige politische Maßnahmen zielen darauf ab, das Bauen einfacher und schneller zu machen. Dazu gehören vereinfachte Genehmigungsverfahren, die Förderung von seriellem und modularem Bauen sowie die Nutzung neuer Technologien. Durch solche Maßnahmen sollen Baukosten gesenkt und mehr Wohnungen in kürzerer Zeit errichtet werden. Kritiker weisen jedoch darauf hin, dass dabei Anforderungen an Sicherheit, Energieeffizienz oder städtebauliche Qualität nicht vernachlässigt werden dürfen.

5. Förderung von Wohneigentum

Der Staat versucht u. a. durch zinsgünstige Kredite oder Eigenheimzuschüsse junge Familien oder Erstkäuferinnen und Erstkäufer beim Erwerb von Wohneigentum zu unterstützen. Programme wie 'Baukindergeld' oder 'Wohneigentum für Familien' sollen helfen, Mietmärkte zu entlaste, da Eigentümerinnen und Eigentümer nicht mehr auf Mietwohnungen angewiesen sind. Die Kritik: Eigentum ist oft für Menschen mit geringem Einkommen kaum erreichbar. In erster Linie profitieren nur Menschen mit einem gewissen Eigenkapital, weshalb die Wirkung auf Menschen mit sehr geringem Einkommen begrenzt bleibt.

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

Arbeitsblatt: Staatliche Maßnahmen gegen Wohnungsmangel

Maßnahme	Zusammenfassung (3–5 Sätze)	Pro-Argumente	Kontra-Argumente	Eigene Bewertung (mit Begründung)

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

Aufgabe

4 M3 liefert Informationen zu ausgewählten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Kommt in Fünfergruppen zusammen und bearbeitet die Teilaufgaben a) und b).

a) Jedes Gruppenmitglied liest sich eine der Maßnahmen aufmerksam durch und füllt das Arbeitsblatt für seine Maßnahme aus. Nutzt für die Pro- und Kontra-Argumente die Informationen aus dem Text und ergänzt diese um weitere Argumente.

b) Präsentiert gegenseitig eure Ergebnisse in der Fünfergruppe.

M4 Forderungen an die Politik

„Das Thema Wohnungs- und Mietenpolitik muss ganz nach oben auf die politische Agenda – sonst drohen massive soziale Verwerfungen."
Forderung des Präsidenten des Deutschen Mieterbundes im Wahljahr 2025, Berliner Mieterverein e. V.

„Wir müssen bezahlbaren Wohnraum schaffen, nicht Zuckerguss – das erfordert mehr staatliche Fördermittel und weniger überbordende Bauanforderungen."
Axel Gedaschko, Präsident des GdW, Spitzenverband der Wohnungswirtschaft, 2024

„Der Bund muss seinen Anteil zur öffentlichen Wohnraumförderung deutlich erhöhen. Gleichzeitig brauchen Städte leichteren Zugriff auf Baugrund via kommunaler Bodenfonds."
Deutscher Städtetag

Aufgabe

5 Lies die Zitate der verschiedenen Akteure (M4) aufmerksam durch. Wähle dann zwei Maßnahmen (siehe M3) aus, die du als Ministerin bzw. Minister für Bauen und Wohnen umsetzen würdest und verfasse ein Statement. Beziehe dich in deinem Statement auf mindestens eine Perspektive aus dem Zitat und begründe, warum du diese Forderung besonders unterstützt oder ablehnst. Das Statement sollte etwa 50, maximal 100 Wörter umfassen.

! Kommunale Bodenfonds

Mithilfe eines Bodenfonds soll der kommunale Grundbesitz ausgebaut werden. Die Kommune schafft hierfür einen Fonds, in den sie die Erlöse und Gewinne aus Grundstücksverkäufen und/oder Erbbaurechten einzahlt, um damit neuen Boden zu erwerben.

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH

Strukturierungshilfe zum Schreiben eines Statements:

Titel deines Statements
(z. B. „Sollte es in Deutschland einen Mietendeckel geben?“)

Mein Titel:

1. Einleitung – Worum geht es? Was ist deine Meinung?

- Stelle das Thema kurz vor.
- Nenne deine Meinung (Position).

Satzanfänge / Redemittel:

- In Deutschland gibt es derzeit Diskussionen über …
- Meiner Meinung nach sollte …
- Ich bin der Ansicht, dass …
- Ich finde, dass …

Meine Einleitung:

2. Hauptteil – Nenne Argumente und Beispiele

- Nenne mindestens zwei gute Argumente.
- Füge, wenn du möchtest, ein Gegenargument ein – und entkräfte es.

Satzanfänge / Redemittel:

- Ein wichtiger Grund dafür ist, dass …
- Außerdem zeigt sich, dass …
- Man darf nicht vergessen, dass …
- Manche sagen zwar, dass … – aber ich denke, dass …
- Zum Beispiel kann man sehen, dass …

Mein Hauptteil:

3. Schluss – Dein Fazit oder Wunsch

- Wiederhole deine Meinung.
- Gib ggf. einen Ausblick oder stelle eine Forderung an die Politik.

Satzanfänge / Redemittel:

- Zusammenfassend lässt sich sagen …
- Deshalb bin ich der Meinung, dass …
- Ich wünsche mir, dass …
- Die Politik sollte …

Mein Schluss:

© Institut für Ökonomische Bildung gGmbH